Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Preisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Varras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 144 | Freitag, den 27. Mai | Jahrgang 1927

Bayern und die deutsche Republik.

Von unserem Münchener Korrespondenten.

Die nachstehenden Ausführungen unseres Münchener Korrespondenten schildern bayrische Stimmungen und Auffassungen, die man in Norddeutschland meist durch die preußische Brille zu betrachten pflegt. Und durch sie gesehen, mag das eine oder andere in dem Artikel in zu milder Beurteilung erschienen. Aber auch sonst kann man wohl anderer Meinung als der Verfasser sein, so insbesondere über die von ihm besprochene Rede des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht. Selbst die „Köln. Zeitung" hat sie scharf verurteilt und u. E. mit Recht betont, daß gerade die gegenwärtige Reichsregierung für Bayern ein übriges getan habe und dort Dank ernten sollte, „statt unberechtigte Klagen über eine angeblich rücksichtslose Zentralgewalt, die in Berlin gegenüber den einzelnen Ländern niemals so stark war wie in München gegenüber den fränkischen Provinzen." Gleichwohl ist es für das Verständnis der bayrischen Volksseele nützlich, die Beurteilung der Frage, wie sich die große Mehrheit der Bayern zur deutschen Republik stellt, aus der Feder eines keineswegs engherzig bajuwarischen und auch keineswegs monarchistischen Publizisten kennen zu lernen.

Die Redaktion.

*

+ **München, 25. Mai.**

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat am letzten Sonntag in dem oberbayerischen Bergwerksort Hausham eine politische Ansprache gehalten. Das Wesentliche seiner Ausführungen war eine Befürwortung der föderalistischen Gestaltung Deutschlands und die gleichzeitige Absage an „rücksichtslose Zentralgewalt, die alles an sich saugt und die Länder zwingt, den notdürftigen Lebensunterhalt von ihr zu erbetteln". Die Rede ist von seinen Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen und der Haushamer Bayerntag in den Kreisen des Heimat- und Königsbundes als ein Bekenntnis zur Monarchie schlechthin bezeichnet worden.

Daß man diese letztere Auffassung des Heimat- und Königsbundes weit über die Kreise der etlichen Zehntausend Mitglieder des Bundes hinaus teilt, ist sehr zu bezweifeln. Wir sehen dabei ab von den Sozialisten und Kommunisten, die in der Zeit unserer nicht immer recht verstandenen Demokratie mit Gesinnungsfreunden geradezu Orgien des Monarchistenhasses feiern und frei von irgend welchen unangenehmen Folgen ihre radikalen Ansichten in die Welt hinausschreien. Jedenfalls ist man in politischen Kreisen, wenn man auch alte Traditionen in aller Form achtet und den Mitgliedern des Hauses Wittelsbach die Achtung nicht versagt, der Auffassung, daß die bestehenden politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse zur Zeit und auch in absehbarer Zukunft im Interesse des Ganzen nicht geändert werden können. Die immer wieder abgehaltenen monarchistischen Tagungen mit ihren Kundgebungen an das ehemalige Königshaus werden auch nicht so schnell verschwinden. Da sie aber auf gewisse Gegenden des Lands sich beschränken und zudem der Bayerische Heimat- und Königsbund als die Sammelorganisation der bayerischen Monarchisten noch immer an den Streitigkeiten seiner Führer und des Vereinsbetriebes krankt, bleiben solcherlei Regungen politisch bedeutungslos, können vor allem auf den gegenwärtigen Regierungskurs in Bayern keinen bestimmenden Einfluß nehmen. Die Fäden, die sich vom Leuchtenbergpalais, dem zeitweiligen Aufenthaltsort des früheren Kronprinzen, zum Promenadeplatz, dem Amtssitz des Ministerpräsidenten, spinnen, sind mehr gesellschaftlicher Natur und dürften schwerlich als politische Tuchfühlung angesprochen werden.

Es hat natürlich immerhin eine gewisse Bedeutung, daß auch der ehemalige bayerische Thronanwärter zu aktuellen Fragen das Wort ergreift und hierbei in der Beurteilung des Bayern unmittelbar interessierenden Problems sich an die Seite der Regierung stellt. Aber es wäre doch grundfalsch, hieraus die These abzuleiten, es habe sich mit der Rede des Kronprinzen in Hausham das letzte Ziel geoffenbart, auf das die stete Betonung der bayerischen Eigenstaatlichkeit hinstrebe, nämlich eine heimlich leise Vorbereitung der Wiedereinführung der Monarchie in Bayern. Davon kann gar keine Rede sein. Man muß das besonders betonen, weil die Gefahr einer falschen Beurteilung Bayerns in den verschiedensten Teilen des Reiches gegeben ist.

Gewiß, es wird auch in verfassungstreuen Kreisen Bayerns gar kein Hehl daraus gemacht, daß man sich die demokratische Republik in manchen Punkten anders vorstellt. Ganz abgesehen von der Animosität gegen die Weimarer Verfassung ist die Tatsache eines Mißtrauens gegen einzelne Errungenschaften unserer gegenwärtigen Staatsform auf die politische Struktur Bayerns zurückzuführen, die es mit sich bringt, daß außerhalb der Sammelpunkte der sozialistischen Stimmträger die Sozialdemokratie, die in Preußen in der Regierung sitzt und im Reich auch außerhalb derselben noch eine erhebliche Macht hat, in Bayern als die Partei erscheint, die den Umsturz verschuldet hat und die kulturpolitisch dem gläubigen Bayernvolk als schlimmer Feind gegenüber steht. Sozialistisch und republikanisch, das sind für den gemeinen Bayern im großen und ganzen keine Gegensätze, und daraus erklärt sich vieles, was außerhalb der bayerischen Grenzen den Bayern fälschlich als Republikfeindlichkeit, als Reichsfeindlichkeit ausgelegt wird. Besonders in den nichtsozialistischen Kreisen Preußens wird man das beachten müssen, dann wird sich für manches der Schlüssel finden und manches zu gutem Erfolg in Angriff genommen werden können.

Eine gewisse Beziehung zu dieser bayerischen Einstellung hat eine Flaggendebatte, die vor einigen Tagen weit über die Grenzen Münchens hinaus Aufsehen erregt hat. Im Münchener Stadtrat sollte in der Beflaggung des Rathauses eine bestimmte Regelung herbeigeführt werden. Der Referent befürwortete die Anschaffung von Flaggen in den städtischen schwarz-gelben, in den bayerischen weiß-blauen Farben, in den neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold und in den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot. Bei Münchener Veranstaltungen sollte nach dem Antrag des Referenten nur in den städtischen schwarz-gelben Farben, bei den bayerischen Festen auch in weiß-blauen Farben und bei Reichsfeiern in den offiziellen Farben schwarz-rot-gold geflaggt werden; bei Gelegenheiten, die der Erinnerung an das alte Reich galten, sollten auch die alten Farben schwarz-weiß-rot berücksichtigt werden, um den Gefühlen eines großen Teils der Bevölkerung entgegenzukommen. Diese Vorschläge veranlaßten eine einstündige, außerordentlich rege und erregte Aussprache, die einmal sogar zu einem ungeheuren Lärm anstieg und beinahe zu einer kleinen Rauferei geführt hätte. Schließlich wurden beide Reichsflaggen mit wechselnder Mehrheit abgelehnt, sodaß in Zukunft bei den entsprechenden Gelegenheiten das Münchener Rathaus und die städtischen Gebäude nur in den bayerischen und städtischen Farben beflaggt werden. Manch einer wird über die ganze Angelegenheit den Kopf schütteln. Auch wenn sie (vgl. Potsdam) im Reich nicht vereinzelt ist, so gibt sie doch einen interessanten Einblick in Auffassungen der bayerischen Volksseele, die auf Umwegen das bestätigen, was oben gesagt worden ist.

Und doch wird dieser „salomonische Entscheid" des Münchener Stadtrates nicht „für ewige Zeiten" die Frage regeln können. Er beweist lediglich, daß zur Zeit eine andere Lösung nicht gefunden werden kann. Eine Neuwahl des Münchener Stadtrates und eine eventuelle andere Gliederung desselben wird die Flaggenangelegenheit — man möchte sagen mit Naturnotwendigkeit — wieder zur Sprache bringen —, genau so wie in anderen politischen Fragen die Neuwahl des Bayerischen Landtages im kommenden Jahre manches Problem zur Lösung stellen wird, das heute schon seine Schatten in die Parteien Bayerns hinauswirft.

Die entscheidende Unterhaussitzung.

Chamberlain lehnt den Antrag der Arbeiterpartei ab.

)(**London, 26. Mai.**

Im Unterhause brachte der Abgeordnete der Arbeiterpartei Clynes heute folgenden Antrag seiner Partei ein:

„Nach Anhörung der Erklärung des Premierministers ist das Haus der Ansicht, daß die Beendigung des Handelsabkommens mit Rußland und die Lösung der diplomatischen Beziehungen ernste internationale Folgen haben und einen aussichtsreichen Weg zur Wiederherstellung des Handels und der Industrie versperren würde und daher eine Politik ist, zu der das Land nicht verpflichtet werden sollte, bis ein Bericht eines Sonderausschusses des Hauses, der sich auf die Prüfung aller in Betracht kommenden Dokumente und eine volle Untersuchung der Tatsachen gründet, dem Hause unterbreitet worden ist."

Von der Einbringung eines formulierten Mißtrauensvotums hat die Arbeiterpartei Abstand genommen. Clynes erklärte, die Behauptungen der Regierung über das Verhalten Rußlands müßten bewiesen werden.

Chamberlain führte in seiner Entgegnung aus, der legitime Handel mit Rußland werde nicht unterbrochen werden, jedoch würden russische Staatsangehörige künftig sich keiner besonderen Vorrechte erfreuen und könnten keine rechtswidrige Tätigkeit entfalten. Die Regierung könnte den Antrag Clynes, der ein Mißtrauensvotum bedeute, nicht annehmen. Sie wünsche den klaren Ausdruck des Vertrauens und der Billigung. Wenn sie den nicht erhalte, werde sie wissen, was sie zu tun habe. Die Bedingungen, unter denen das Handelsabkommen unterzeichnet wurde, seien systematisch und dauernd von der anderen Partei gebrochen worden. Es sei kein Wort wahr an der Behauptung, daß er in Rom und Genf versucht habe, einen antibolschewistischen Verband zu bilden. Die britische Regierung denke nicht daran, einen derartigen antibolschewistischen Feldzug einzuleiten. Chamberlain schloß, die britische Regierung habe während der zweieinhalb Jahre, in der sie im Amte war, ihre Politik des Friedens in jedem Teil der Welt verfolgt und habe mit allen zusammengewirkt, die mit ihr zusammenwirken wollten. Nur eine Regierung habe sich geweigert, mitzuwirken. Sie habe versucht, dieses Werk der Versöhnung und der Befriedung zu verhindern. Die Sowjetregierung habe sich unverbesserlich gezeigt. Nachsicht sei bis zu einem Punkt getrieben worden, wo ihre Fortsetzung Schwäche sein würde, und die britische Regierung werde nicht länger die Verantwortung übernehmen, diplomatische Beziehungen aufrecht zu erhalten, die so geführt und mißbraucht, nicht ein Werkzeug des Friedens seien, sondern ein Grund zu neuer und dauernder Erregung

Chamberlains Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Nach ihm erklärte Lloyd George: Ich muß offen zugeben, daß die Sowjetregierung nicht ehrlich gehandelt hat. Ich sehe ein, daß es für die britische Regierung nicht möglich ist, alles Beweismaterial, was in ihre Hände gelangt ist, preiszugeben. Meiner Ansicht nach ist es gerechtfertigt, daß die Regierung eine Aktion unternommen hat, es ist aber sehr bedauerlich, daß die Außenpolitik in England in den wichtigsten diplomatischen Akten seit dem Kriege vom Innenministerium und nicht vom Außenministerium diktiert worden ist. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist der ernsteste Schritt, der in England unternommen worden ist. Es ist eine der riskantesten Dinge, die je von einer Regierung ohne Ueberlegung unternommen wurde in einer Zeit, wo die Lage sich zweifellos besserte. Bevor sie diesen endgültigen Schritt unternahm, hätte die Regierung einen oder zwei Schritte vor einem vollständigen Bruch der Beziehungen tun müssen. Die Wirkung wird sicher die Verdoppelung und Verschärfung der Propaganda sein. Wie denkt sich die Regierung die Wiederaufnahme der Beziehungen? Die Regierung hat in ein unruhiges Europa diesen Zankapfel geworfen. Es ist ein Sprung ins Dunkle und in einen Strudel.

*

Das Unterhaus für den Bruch mit Rußland.

× **London, 26. Mai.**

Am Schluß der Unterhausdebatte wurde der Antrag der Arbeiterpartei am Schluß der heutigen großen Auslandsdebatte im Unterhaus mit 367 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Von der Regierung war der Antrag als Mißtrauensantrag angesehen worden.

*

Englands Rußland-Politik berührt die Locarno-Politik nicht!

)(**London, 25. Mai.** Der amtliche britische Funkdienst teilt mit: Es wird allgemein als selbstverständlich angenommen, daß der Schritt der englischen Regierung, der ja auf den Vertrauensbruch der offiziellen Vertreter der Sowjetvertretung in Großbritannien zurückzuführen ist, eine isolierte Maßnahme darstellt, die auf die allgemeinen Grundzüge der auswärtigen Politik Englands, die nach wie vor sich auf der Erhaltung und dem Ausbau der im Locarno-Vertrag niedergelegten Grundsätze aufbaut, keinerlei Einfluß haben wird.

*

Das englische Weißbuch über die sowjetrussischen Umtriebe.

London, 26. Mai. Das Weißbuch der englischen Regierung, das die Aufschrift trägt: „Die feindselige Aktivität der Sowjetregierung und der Dritten Internationale gegen Großbritannien", ist soeben veröffentlicht worden. Der erste Teil des Buches ist mit Papieren ausgefüllt, die der Polizei bei der Durchsuchung der Arcos in die Hände fielen. Der zweite Teil enthält Dokumente, die auf andere Weise in den Besitz des englischen Auswärtigen Amtes geraten sind. In einer Reihe von Briefen sind solche, die von Moskau aus an die verschiedenen Agenten der Dritten Internationale gesandt und in denen Vorschläge und Winke über Mittel und Wege zur Verbreitung der kommunistischen Propaganda gegeben wurden. Außerdem ist in dem Weißbuch eine Liste aufgeführt, die im Besitze des bei der Arcos angestellten Anton Müller vorgefunden wurde, und die Adressen kommunistischer Agenten in den südamerikanischen Ländern, Afrika und Australien enthält. Es ist bemerkenswert, daß die Liste und die beigefügten kurzen Instruktionen zum großen Teil in deutscher Sprache abgefaßt sind. Ein weiterer Teil des Weißbuches ist Dokumenten gewidmet, die die Aktivität Borodins in China betreffen. Weiter sind sechs Briefe aufgeführt, die Kuriere als diplomatische Post zwischen der Sowjetbotschaft in London und dem Arcos-Gebäude beförderten.

*

Samstag Abreise der Russen von London.

× **London, 26. Mai.** Wie an maßgebender Stelle verlautet, wird die Abreise des sowjetrussischen Geschäftsträgers und des Personals nicht in der Weise vor sich gehen, als wenn zwischen England und Rußland der Kriegszustand bestände. Eine Aushändigung von Pässen wird höchstwahrscheinlich nicht erfolgen, da die Frage der Gewährung eines freien Geleites durch den gegenwärtigen Konflikt nicht entstanden ist. Im übrigen hat man in maßgebenden Kreisen nicht die Absicht, in irgendeiner Weise auf die Abreise der Russen zu dringen oder ihnen irgendwelche Unannehmlichkeiten zu bereiten. Wie verlautet, werden aber die Beamten der sowjetrussischen Botschaft sowie der Handelsdelegation, insgesamt 250 Personen, bereits am Sonnabend nach Rußland abreisen.

In maßgebenden Kreisen wird weiter nicht erwartet, daß auch das Personal der Arcos sofort zurückgezogen wird. Für diese Annahme soll nicht so sehr der Grund maßgebend sein, daß die laufenden Geschäfte erst abgewickelt werden müssen, sondern vielmehr die Tatsache, daß Rußland hierdurch die Gelegenheit erreicht, zunächst abzuwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

*

Kanada annulliert das Handelsabkommen mit Rußland.

△ **London, 26. Mai.** Wie aus Montreal berichtet wird, hat die kanadische Regierung beschlossen, das Handelsabkommen mit der Sowjetregierung zu annullieren. Die russische Handelsmission darf als private Körperschaft ihre gegenwärtigen Funktionen fortsetzen, erhält aber keinerlei Unterstützung von Seiten der Regierung.

△ **Ottawa, 26. Mai.** Reuter. Der Premierminister King hat dem Führer der Sowjethandelsmission Guerus in einer Unterredung den Beschluß des Kabinetts, das Handelsabkommen mit Rußland zu beenden, mitgeteilt. Guerus kündigte infolgedessen an, daß die diplomatische Abteilung unverzüglich geschlossen werden würde, während die Handelsabteilung noch ein halbes Jahr fortgeführt werde. Alsdann werde sich die gesamte Mission zurückziehen und Kanada der Vorteile des Handels mit Rußland beraubt sein. Guerus drückte die Hoffnung aus, daß Mittel gefunden würden, das aufgelöste Abkommen wieder herzustellen. Premierminister King hatte vorher erklärt, daß die Beendigung des Abkommens nicht das Aufhören des Handels mit Rußland bedeute. Dieser Handel könne ohne Vorzugstarife fortgesetzt werden.

*

Erklärungen Litwinows.

⊠ **Moskau, 26. Mai.** In Beantwortung von Anfragen anläßlich des Beschlusses der Regierung Großbritanniens über den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen erklärte Litwinow nach einer Meldung der sowjetrussischen Telegraphenagentur den Vertretern der Sowjetpresse: Der Beschluß Englands ist als logischer Abschluß jener sowjetfeindlichen Politik zu betrachten, den die gegenwärtige konservative Regierung Englands seit dem Tage führt, da sie ihre Wähler mit Hilfe von gefälschten Dokumenten betrogen und damit die Macht erlangt hatte. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen kann nicht anderes denn als eine forcierte Kriegsvorbereitung angesprochen werden. Angesichts der Rede Baldwins unterliegt es keinem Zweifel, daß der Bruch nicht das Ergebnis des Ueberfalles auf die Arcos ist, sondern daß im Gegenteil der Ueberfall selbst als Vorbereitung des Bruches ausgeführt wurde. Litwinow wies weiter die gegen die Handelsdelegation in London erhobenen Beschuldigungen der Spionage als böswillige Verleumdung zurück und betonte, der Ueberfall auf die Arcos habe diese Beschuldigung nicht als wahr erwiesen. Wenn die englische Polizei, wie Baldwin behauptet, die Namen der Angestellten der Handelsdelegation, die sich mit Spionage beschäftigten, kannte, weshalb zieht sie sie dann nicht zur Verantwortung und übergibt sie den Gerichten. Sie tut dies nicht, weil keine derartigen Beweise vorliegen. Die Sowjetunion wird alle Maßnahmen treffen, um nicht überrumpelt zu werden.

Eine Anfrage an Dr. Wirth.

Berlin, 26. Mai.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: Der Reichsdienst der Deutschen Presse hat am 24. Mai abends gemeldet, daß die deutschnationale Parteileitung bei der Parteileitung des Zentrums gegen Dr. Wirth wegen seiner Königsberger Rede Beschwerde erhoben hat und das Zentrum ihrem Verlangen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, entsprochen habe. Wie von der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt wird, hat sie keinen Schritt in dieser Richtung getan, da sie

sich grundsätzlich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien enthält.

Diese Feststellung der Deutschnationalen Pressestelle entspricht den Tatsachen. Ebenso ist es Tatsache, daß von der Parteileitung des Zentrums im Einverständnis mit dem Fraktionsvorstand an Dr. Wirth ein Brief wegen der Königsberger Rede gerichtet worden ist. Der Inhalt dieses Briefes soll der Feststellung dienen, ob Dr. Wirth in der Rede den Satz gebraucht habe, „es müsse alles geschehen, um die jetzige Reichsregierung möglichst bald zu stürzen." Die Parteileitung ist der Meinung, daß im Interesse der Partei festgestellt werden muß, ob wirklich eine derartige Aeußerung gefallen ist.

Richtig ist ferner, daß sich auch der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien mit der Königsberger Rede Wirths beschäftigt hat, aber erst, nachdem der Vorstand der Zentrumsfraktion von sich aus die Klärung der Angelegenheit in die Hand genommen hatte.

Man wird jetzt abwarten müssen, was Dr. Wirth auf den Brief des Parteivorsitzenden Dr. Marx antworten wird. Er befindet sich gegenwärtig in seiner badischen Heimat.

Dr. Schacht über die Vorgänge an der Börse.

△ **Berlin, 26. Mai.** Wie die Morgenblätter aus Stralsund melden, hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführt: Es sei möglich und wahrscheinlich, daß eine Besserung in unserer Wirtschaftslage eintreten werde. Die Ersparnisse unserer Arbeitskraft im Innern würden dazu beitragen, daß wir uns in einem hoffentlich dauernden Aufstieg befänden. Aber er habe den Eindruck, als ob in Deutschland sich noch zuviel Leute befänden, die an dieser optimistischen Auffassung verdienen möchten, nicht aber an dem produktiven Fortschritt selbst. Das sei es gewesen, was dem Reichsbankpräsidenten die große Besorgnis eingeflößt habe für die Aufrechterhaltung unserer eigenen Währung. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Reichsbank im Laufe der letzten Monate erhebliche Devisenbeträge verloren habe. Die Kursbewegung an der Börse sei ständig weiter nach oben gegangen und man habe dabei die Beobachtung gemacht, daß diese Kursbewegung getragen war nicht von Käufern mit eigenen Mitteln, sondern von solchen mit fremden Geldern. Und was schlimmer sei, daß das Geld hierfür aus dem Ausland hereingekommen sei. Jeder, der spekulieren wolle, könne spekulieren, soviel er wolle, aber daß er in Devisen an der Börse spekuliere, die unter Umständen die Reichsbank zurückzuhalten habe, das sei ein Umstand, den die Reichsbank nicht tragen könne im Interesse der deutschen Währung. Die Reichsbank könne nicht zulassen, daß sich jemand in London oder Newyork Celder pumpe, um hier Käufe zu machen, die einmal an das Ausland zurückgezahlt werden müßten. Dadurch komme die Reichsbankleitung in eine Situation, die eine Gefährdung der deutschen Währung bedeute.

Einspruch des Reichsrats gegen das Jugendschutzgesetz.

= **Berlin, 26. Mai.** Der Reichsrat beschloß in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Mittwochnachmittag, gegen die Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetz Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten Einspruch zu erheben. Dieser Einspruch wird damit begründet, daß die „Kann"-Vorschrift über das Verbot der Zulassung von jugendlichen unter 18 Jahren oder ihrer Verwendung bei Lustbarkeiten und Aufführungen vom Reichstag in eine zwingende Vorschrift verwandelt worden ist und daß ferner die Lichtspieltheater von der Gültigkeit des Gesetzes ausgeschlossen werden. Dagegen erklärte sich der Reichsrat einverstanden, mit den Beschlüssen des Reichstages zu dem Gesetz betreffend die Erlaubnispflicht für Herstellung von Zündhölzern.

Weiterhin wurde ein Gesetz über Kriegsgerät angenommen, das die im Versailler Vertrag niedergelegten Forderungen der Entente restlos erfüllt. Durch das Gesetz wird die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät jeder Art, sowie seine Herstellung für die Ausfuhr im deutschen Reich verboten. Kriegsgerät darf auch für inländische Verwendung weder hergestellt noch aufbewahrt oder gehandelt werden. Das Gesetz bestimmt im einzelnen, was als Kriegsgerät zu betrachten ist und nimmt nur die Fabrikation für die Reichswehr aus. Wer den Vorschriften des Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft. Neben der Strafe kann auch auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der betreffenden Erzeugnisse erkannt werden und in gewissen Fällen muß auf Einziehung und Unbrauchbarmachung erkannt werden.

Der Vertreter Thüringens erklärte, daß sich die thüringische Waffenindustrie nur unter dem Zwang der Umstände mit diesem Gesetz abfinde. Die Botschafterkonferenz hat sich mit dem Gesetz einverstanden erklärt, fordert aber, daß es unverändert angenommen wird.

In den Verwaltungsrat der Reichspost wurde als stellvertretendes Mitglied für den aus dem Reichsrat ausgeschiedenen preußischen Ministerialdirektor Sachs der von Preußen neu in den Reichsrat entsandte Ministerialdirektor Dr. Brecht gewählt.

Der verweigerte Einflug in das Memelgebiet.

Berlin, 26. Mai. Aus Luftverkehrskreisen wird zu der Meldung über die Zurückziehung der für das Memelgebiet erteilten Einfluggenehmigung durch die litauische Regierung mitgeteilt: Die litauische Konzession für die litauische Teilstrecke der Fluglinie Königsberg—Tilsit—Memel ist gegenwärtig abgelaufen. Der neue litauische Verkehrsminister glaubt, durch Verweigerung der Neukonzessionierung für diese Teilstrecke, für die Litauen kein Interesse zu haben vorgibt, die Verlegung von Memel nach Kowno erreichen zu können. Demgegenüber herrscht deutscherseits die Auffassung, daß man unter den derzeitigen politischen Verhältnissen lieber, wie bisher, Memel als Kowno anfliegt.

Weiterer Rückgang der Zahl der Arbeitslosen.

::**Berlin, 25. Mai.** Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Mai 1927 rund 746 000 (männlich 606 000, weiblich 140 000) gegenüber rund 870 000 (männlich 716 000, weiblich 154 000) am 1. Mai 1927 und 983 000 (männlich 816 000, weiblich 167 000) am 15. April 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1927 beträgt also rund 124 000 gleich 14,3 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 987 000 auf 840 000 zurückgegangen. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. April bis zum 15. Mai 1927 um rund 8000 zurückgegangen. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Mai 1927 rund 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) gegenüber 234 000 (männlich 191 000, weiblich 43 000) am 15. April 1927.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen (Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und in der Krisenfürsorge) zeigt demnach einen weiteren erfreulichen Rückgang. Sie ist in der Zeit vom 15. April bis zum 15. Mai 1927 von 1 217 000 auf 972 000 zurückgegangen. Der Rückgang beträgt also im letzten Monat rund 245 000 gleich 20,1 Prozent.

Reichskanzler Marx über Deutschland im Völkerbund.

Eröffnung der Tagung der Völkerbundsligen.

.:: **Berlin, 26. Mai.**

Im Plenarsitzungssaale des Reichstages wurde heute mittag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung die 10. Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen durch den derzeitigen Präsidenten Professor Aulard-Paris feierlich eröffnet. Der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Reichstagsabg.

Graf Bernstorff,

begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in der er betonte, daß der Völkerbund seine große Aufgabe nur dann erfüllen könne, wenn in ihm eine völlige Gleichberechtigung aller Staaten bestehe und wenn im Völkerbund die gleiche Gerechtigkeit geübt werde, sei es für große, sei es für kleine Staaten. Leider habe in Genf wenig Bereitwilligkeit bestanden, an die Frage der Abrüstung heranzugehen, und es sei Aufgabe der Völkerbundsligen, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß abgerüstet werde.

Hierauf nahm

Reichskanzler Dr. Marx

das Wort. Er führte u. a. aus:

Mit Genugtuung begrüße ich es, daß der Verband in diesem Jahre Deutschlands Hauptstadt als Tagungsort für seine Jahresversammlung erwählt hat. Ich erblicke hierin ein bedeutungsvolles Zeichen für den grundlegenden Wandel, der sich im Laufe der letzten Jahre in den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Nationen vollzogen hat. Ich bin mir durchaus bewußt, daß mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Vergangenheit noch keineswegs endgültig bereinigt ist. Bis zur endgültigen Wiederherstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses werden wir uns mit anderen Nationen noch häufig über manche ungeklärten Fragen auseinandersetzen müssen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, die bisher verfolgte Linie weiter einzuhalten und daß insbesondere über Mittel und Ziele unserer deutschen Außenpolitik zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und mir in allen Zeiten unseres Zusammenarbeitens wie auch jetzt volste Uebereinstimmung bestanden hat und besteht. Unsere Politik ist die der Verständigung, aufgebaut auf dem Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern und nicht auf der Macht von Kanonen und Bajonetten. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund ist deshalb der beste und sicherste Weg zur Erreichung des Zieles der Völkerversöhnung und Befriedung der Welt, das wir anstreben. Am Völkerbund als dem Mittel wollen wir ebenso festhalten wie an dem Endziel der Verständigung.

Der Entschluß, dem Völkerbund beizutreten, ist dem deutschen Volke nicht leicht geworden, und auch heute noch ist manche auf dem Völkerbund ruhende geschichtliche Belastung ein schweres Hemmnis in der Entwicklung zu einem Bund freier, gleichberechtigter Völker. Immerhin hat sich in ihm eine merkliche und im höchsten Grade erfreuliche geistige Umwandlung vollzogen, eine Umwandlung, die es Deutschland ermöglicht hat, an den hohen Aufgaben des Bundes zum Nutzen der Gesamtheit mitzuarbeiten. Es ist für mich eine besondere Freude und Genugtuung, feststellen zu können, daß die Union der Völkerbundsligen an dieser Neugestaltung des Bundes einen hervorragenden Anteil gehabt hat. Mit Interesse habe ich verfolgt, wie die ursprünglich mehr propagandistische Tätigkeit der Union für die Völkerbundsidee sich im Laufe der Jahre aus eigener Kraft zu einer aktiven Beteiligung an dem großen Werk des Weltfriedens und der Versöhnung zu entwickeln vermochte. Sie haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten grundlegende Anregungen an den Völkerbund herausgetragen, die im Endergebnis zu wichtigen und entscheidenden Beschlüssen geführt haben. Sie haben sich dabei auch mancher Fragen angenommen, die uns Deutschen besonders am Herzen liegen, und die sich wegen ihrer heiklen Natur, wegen der Schwierigkeit ihrer Behandlung durch beamtete Vertreter verschieden orientierter Staaten nicht ohne weiteres für die Behandlung durch den Völkerbund eigneten. Die freie Aussprache freigewählter Männer und Frauen der verschiedensten Berufsstände und Völkerschichten vermag sehr wohl hier Kanten abzuschleifen und Meinungsausgleiche anzubahnen, sodaß schließlich auch die schwierigsten und empfindlichsten Fragen für die Beratung und Entscheidung in Genf reif werden.

Ich möchte nicht schließen, ohne noch mit einem Wort der rührigen Arbeit der Deutschen Liga zu gedenken, die einen hervorragenden Anteil an der Bildung der deutschen öffentlichen Meinung gehabt hat. Sie hat viel dazu beigetragen, das Verständnis für Wesen und Ziele des Völkerbundes zu verbreiten, Vorurteile zu überwinden und damit die aufrichtige Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes herbeizuführen, als die deutsche Regierung ihren Sitz im Völkerbund und im Rate eingenommen hat.

Die heute beginnende Tagung Ihres Weltverbandes wird, so hoffe ich zuversichtlich, einen neuen Antrieb und eine wertvolle Unterstützung für die Arbeit der Deutschen Liga bilden und dazu beitragen, immer weitere Kreise des deutschen Volkes für den Gedanken des Völkerbundes zu gewinnen. In diesem Sinne heiße ich Sie als wertgeschätzte Gäste von ganzem Herzen willkommen und wünsche Ihnen aufrichtig, daß Ihnen hier erfolgreiche Arbeit und freundliche Eindrücke beschieden sein mögen.

Die Versammlung nahm die Rede des Kanzlers mit lebhaftem Beifall auf.

Der Vorsitzende der Völkerligen

Professor Aulard-Paris

betonte, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei der einstimmige und beständige Wunsch des Weltverbandes gewesen. Ohne den Völkerbund wäre das unglückliche Europa vielleicht schon wieder in die Schrecken eines Krieges zurückgefallen. Kriege zu verhindern und Kriegen vorzubeugen, dafür solle der Völkerbund immer und überall bereit sein. Es gibt keinen wahrhaften und starken Frieden außer durch die Verbundenheit der Völker durch den Völkerbund, der unmittelbar und öffentlich handelt. Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes ist die der Erziehung. Der Bund kann nur leben, wenn man sein Bild den Seelen und den Herzen der jungen Generation und vor allem der Jugend näher bringt. Jeder Aufruf zum Haß und zum Egoismus muß aus den Hörsälen verschwinden, aus den Geschichtsbüchern gestrichen werden. Es handelt sich darum, die Nationen dahin zu führen, ihre Streitigkeiten auch durch einen Richter richten zu lassen und den Naturzustand in einen Vernunftzustand zu führen. Die Nationen begreifen, daß ihre Souveränität begrenzt wird durch die Notwendigkeiten der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe. Als Präsident der Weltvereinigung ist es mir eine Ehrenpflicht, in dieser Hauptstadt, die eine der Hauptstätten des Friedens werden wird, das deutsche Volk zu begrüßen, dieses große, arbeitsame Volk, das seinen Ruhm in dem Frieden sieht.

Der sozialdemokratische Parteitag für Koalitionspolitik.

Die Radikalen in der Minderheit.

+ **Kiel, 26. Mai.**

Der sozialdemokratische Parteitag nahm gestern zunächst den Bericht des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik entgegen. Er erklärte, daß auch in Zukunft die Sozialdemokratie alle Bestrebungen, am republikanischen Staatssystem zu rütteln, mit aller Entschiedenheit zurückweisen werde. In der Aussprache nahm zunächst Staatssekretär a. D. Schulz das Wort, um die kulturellen Wünsche der Partei zu erörtern. Er begründete eine Entschließung des Parteivorstandes, in der die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens als Ziel der sozialdemokratischen Partei bezeichnet wird.

Reichstagsabgeordneter Dr. Rosenfeld begründete hierauf im Namen des Parteivorstandes die von den sozialdemokratischen Juristen gefaßte Entschließung zur Reform des Strafgesetzbuches, die die Abschaffung der Todesstrafe und andere Forderungen aufstellt. Die Beratungen wurden dann auf heute vertagt, da der Parteitag nachmittags einen Ausflug unternahm.

Heute wurde gegenüber der Entschließung Löwensteins, die grundsätzlich jedes Konkordat ablehnt, eine Erklärung der preußischen Landtagsfraktion verlesen, in der gesagt wird, daß die preußischen Landtagsabgeordneten der S. P. D. jedes Konkordat, soweit Schulfragen dabei berührt werden, ablehnen. Von vornherein könne aber die preußische Landtagsfraktion nicht jedes Konkordat ablehnen. Die gegenwärtig zwischen Preußen und der Kurie schwebenden Verhandlungen über die Bischofs- und andere Fragen müßten weiter geführt werden, da sonst die Konkordatsverhandlungen an das Reich übergehen würden, dessen jetzige Regierung eine größere Gewähr für die Durchführung der Verhandlungen biete als die preußische Regierung. Unter Ablehnung der Entschließung Löwensteins wurde die Entschließung des Parteivorstandes zur Schulfrage angenommen. Eine große Anzahl weiterer Anträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zum Wohnungsbau und anderen Fragen wurden der Reichstagsfraktion überwiesen.

Unter großer Spannung nahm der Parteitag sodann das Referat Dr. Hilferdings über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik entgegen. Er betonte die Notwendigkeit der Schaffung eines Einheitsstaates und empfahl die Einsetzung einer Kommission, die die Möglichkeiten zur Herbeiführung eines Einheitsstaates prüfen soll. An der Mitarbeit in den Länderregierungen habe die Sozialdemokratie stärkstes Interesse. Unter lebhaftem Beifall schloß Hilferding, daß die Sozialdemokratie unbeirrbar an dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht festhalte, daß sie aber freie Beweglichkeit für ihre Taktik fordern müsse.

Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, in deren Mittelpunkt eine Entschließung Aufhäuser-Fender-Rosenfeld stand, die Oppositions- statt Koalitionspolitik forderte. Darauf nahm Reichstagspräsident Loebe das Wort. Er stellte fest, daß die sozialdemokratische Opposition eine von der Machtverteilung im Staate erzwungene Opposition sei. Positives könne man nicht nur durch Beteiligung an einer Regierung erreichen; man müsse es vielmehr durch einen Druck von außen leisten. Es sei eine Illusion, sich dauernd auf ehemalige Bundesgenossen zu verlassen. Den Weg zum Sozialismus müsse die Partei allein gehen.

Stürmisch begrüßt, erklärte der frühere preußische Innenminister Severing, es sei Gemeingut der ganzen preußischen Landtagsfraktion, daß sie freiwillig ihre Regierungsposition nicht räumen werde. Die Wahlen im nächsten Jahre würden sowohl in Preußen wie im Reich mit einem Siege der Sozialdemokratie enden. Die Weiterführung der preußischen Koalition sei eine republikanische, demokratische und soziale Notwendigkeit. Severing kündigte an, daß der Parteivorstand im Herbst sich überlegen werde, wie die Opposition im Reich etwas frischer gestaltet werden könne.

Auch die Abgeordneten Breitscheid, Scheidemann und Hermann Müller lehnten eine rücksichtslose Opposition ab. In der Abstimmung wurde der Antrag der Opposition mit 250 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde sodann zum Schluß die Entschließung über die Aufgaben der Sozialdemokratie und der Republik angenommen. In dieser Entschließung wird die Vereinigung aller Arbeitenden in einer politischen Partei der Sozialdemokratie verlangt und schärfster Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes gefordert. Der Kampf um die Schule sei für die Sozialdemokratie ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiter. Weiter wird erklärt, daß allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden könne. Die Beteiligung der Sozialdemokratie in der Reichsregierung hänge allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie dem Volk und Reichstag die Gewähr gebe, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen und reaktionäre Gefahren abzuwehren.

Einstimmige Annahme fand auch der Antrag, der den Fraktionen des Reichs- und der Landtage das Vertrauen ausspricht. Abgelehnt wurde ein Berliner Antrag, festzustellen, daß das Zentrum nur eine arbeiterfeindliche Politik getrieben habe. Die Verhandlungen des Parteitages werden am Freitag fortgesetzt.

Verringerung der Rheinlandbesatzung um 10 000 Mann?

△ **Berlin, 26. Mai.** Wie der Pariser Korrespondent der „Täglichen Rundschau" von unterrichteter Seite hört, hat das Ministerium des Auswärtigen von dem Generalstab der Rheinarmee ein Gutachten darüber eingefordert, wieweit eine Reduzierung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann mit der allgemeinen Sicherheit der Besatzungskorps sich vereinbaren lasse. Die Antwort der militärischen Sachverständigen sei noch nicht bekannt, doch stehe fest, daß die französische Regierung sich über die vorzunehmende Reduzierung bereits schlüssig geworden sei und daß sich dieselbe auf 10 000 Mann beziffern werde.

Von Frankreich zurückgegebene Ausstellungsstücke.

Kisten von Lyon mit wertlosem Inhalt.

+ **Nürnberg, 25. Mai.** Die von der Ausstellungsleitung von Lyon vor kurzem den deutschen Ausstellern in Lyon von 1914 zurückgegebenen Ausstellungsgegenstände, die einen Versicherungswert von etwa 80 000 Goldmark hatten, mußten unbesehen in Kisten verpackt entgegengenommen werden. Als nun dieser Tage die 17 Kisten bei der Bayerischen Landesgewerbeanstalt eintrafen, mußte man die Feststellung machen, daß sie nicht einen einzigen der zum Teil sehr wertvollen Ausstellungsgegenstände enthielten. Sie enthielten nur einiges Ausstellungsmaterial des Stadtrats Nürnberg, bestehend aus Stadtplänen, Abbildungen von Schulgebäuden usw. Die von der Landesgewerbeanstalt sofort angestellten Nachforschungen blieben bis jetzt erfolglos und werden voraussichtlich auch keine Klärung bringen. Entweder sind die Gegenstände bei dem seinerzeitigen Brand in Lyon vernichtet worden, oder sie sind, was mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat, versteigert worden.

Wie die Bayerische Landesgewerbeanstalt weiter mitteilt, sollen auch die Frankfurter Aussteller genau in derselben Weise enttäuscht worden sein. Auch in Frankfurt kam nur nebensächliches Ausstellungsmaterial an, sodaß also die kürzlich durch die Presse gegangene Mitteilung von der großen Befriedigung der Frankfurter Aussteller nicht zutrifft.

Deutsches Reich.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie zur Wirtschaftslage.

:: **Berlin, 25. Mai.** Der Reichsverband der Deutschen Industrie wendet sich in einem an den Reichswirtschaftsminister persönlich gerichteten Schreiben gegen die nach seiner Ansicht bedrohliche Sorglosigkeit der öffentlichen Meinung und auch der amtlichen Stellen bezüglich der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage. Der Verband bittet den Reichswirtschaftsminister, seinen Einfluß und seine Persönlichkeit dafür einzusetzen, daß Maßnahmen verhindert werden, die neuerdings die deutsche Wirtschaft Experimenten aussetzen, die nur dazu führen könnten, die Rentabilität der Betriebe dauernd ernstlich zu gefährden, die Lebenshaltung der breiten Massen herabzusetzen und die Arbeitslosigkeit zu vergrößern.

Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol.

× **Berlin, 26. Mai.** Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat mit Zustimmung des Beirats mit Wirkung vom 1. Juni 1927 den regelmäßigen Verkaufspreis von 4,30 auf 5,— Rm. je l W. erhöht. Dieser Preiserhöhung liegt nicht eine Aenderung der Wirtschaftslage zugrunde; es ist vielmehr nur ein Ausgleich dafür geschaffen worden, daß infolge Wegfalls der Gemeinde-Getränkesteuer die Gesamtbelastung des Branntweins geringer geworden war. Die durch die Erhöhung entstehende Mehreinnahme wird zum überwiegenden Teil in Gestalt der sog. Hektoliterabnahme an die Reichskasse abgeführt. Die weiter erfolgte Erhöhung des besonderen ermäßigten Verkaufspreises von 2,25 Rm. auf 2,50 Rm. ist lediglich zur Aufrechterhaltung der Relation zwischen regelmäßigem und besonderem ermäßigtem Verkaufspreis erfolgt.

Vermischte Nachrichten.

Flugzeugabsturz in Köln.

* **Köln, 26. Mai.** Bei dem Schaufliegen, die das Sarasani-Flugzeuggeschwader täglich über Köln ausführte, verunglückte heute ein Flugzeug. Der Flieger verfing sich mit seinem Apparat in einem Baum und stürzte ab. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Der Flieger und ein Insasse kamen mit einigen Gesichtsverletzungen davon.

Von den eigenen Eltern zu Tode geprügelt.

■ **Berlin, 26. Mai.** Wie die Morgenblätter melden, wurden unter der schweren Beschuldigung, ihren dreieinhalb Jahre alten Sohn in Ueberschreitung des elterlichen Züchtigungsrechts so mißhandelt zu haben, daß er an den Folgen gestorben ist, ein Chauffeur und seine Frau in Friedenau verhaftet.

Der Müggelseetunnel eröffnet.

× **Berlin, 25. Mai.** In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden ist heute der neue Tunnel, der von Friedrichshagen unter dem Müggelsee her nach dem andern Ufer führt, eingeweiht worden.

Explosionsunglück.

△ **Heringen an der Werra, 26. Mai.** Ein furchtbares Explosionsunglück ereignete sich heute nachmittag im Kesselschmiedehaus der Gewerkschaft Wintershall. Einige Arbeiter waren mit dem Abfüllen eines großen Gasbehälters beschäftigt, als dieser aus bisher noch unbekannter Ursache explodierte. Ein Arbeiter wurde völlig zerrissen, sein Nebenmann getötet, ein dritter so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die 15 in der Nähe beschäftigten Handwerker wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Das Gebäude liegt völlig in Trümmern. Die Erschütterung war so stark, daß die Fensterscheiben der umliegenden Häuser zersprangen.

Zu Tode geschleift.

△ **Diebenhofen, 25. Mai.** In einem Dorfe des Metz-Diebenhofener Kreises hatte sich die 10jährige Madeleine Walstroff das Seil einer weidenden Kuh um den Leib gebunden. Die Kuh wurde durch Mückenstiche plötzlich wild, lief davon und schleifte das Kind zu Tode.